

Dr. Christine Finn · Dr. Anna-Sophie Heinze ·
Carla Grosche · Carolin-Theresa Ziemer ·
Vladimir Bojarskich · Arne Stolp ·
Timon Scheuer · Anna Lambrich ·
Prof. Eva Walther · Prof. Tobias Rothmund

Unter Mitwirkung von Vinzenz Waldmüller

Die Ergebnisse der Landtagswahlen 2024 in Ostdeutschland als Heraus- forderung für Politik und Demokratie

Erkenntnisse aus einer Bevölkerungsbefra-
gung in Thüringen, Sachsen und Brandenburg

FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA

 **KOMREX**

Wichtigste Erkenntnisse

- **Wählerwanderungen**

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 wenden sich WählerInnen stärker Parteien am Rand des politischen Spektrums zu. Dabei gewinnt die AfD vor allem von CDU und FDP, während das BSW WählerInnen aller Parteien gewinnt, speziell von der Linken und der SPD.

- **Koalitionswunsch**

CDU, BSW und SPD sind die beliebtesten Koalitionsparteien in allen drei Bundesländern. Eine Regierungsbeteiligung der AfD wird in erster Linie von AfD-WählerInnen gewünscht und von den WählerInnen anderer Parteien eher abgelehnt.

- **Vertrauen in Politik**

AfD- und NichtwählerInnen zeigen ein massives Misstrauen gegenüber dem Staat, seinen Institutionen und der Politik.

- **Haltung zur Demokratie**

Ein substanzieller Anteil der AfD- und NichtwählerInnen sowie in geringerem Umfang auch der BSW-WählerInnen äußert eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie.

Gesellschafts- politischer Kontext

Landtagswahlen 2024: BSW als neue Kraft, erstarkende AfD, schwierige Koalitions- bildung und Signal für die Bundestagswahl 2025

Die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im September 2024 wurden seit Monaten mit Spannung erwartet. Dies hatte verschiedene Gründe. Erstens zeichnete sich ein hoher Stimmenanteil für die "Alternative für Deutschland" (AfD) ab, die in Sachsen und Thüringen vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird. Schon seit ihrer Gründung schneidet die AfD in Ostdeutschland tendenziell besser ab, während sie dort von Anfang an besonders radikal auftrat (Heinze, 2023). Obwohl die anderen Parteien eine Regierungskoalition mit der AfD nach wie vor ausschließen, waren ihre potenziellen Machtoptionen in den ostdeutschen Ländern durch ihre hohen Wahlergebnisse größer (etwa durch das Erreichen einer Sperrminorität). Zweitens trat mit dem "Bündnis Sahra Wagenknecht" (BSW) eine neue Partei an, die erst Anfang 2024 gegründet wurde. Nachdem das BSW bei den Europawahlen aus dem Stand gut abgeschnitten hatte, wurden der Partei auch bei ihren ersten Landtagswahlen zweistellige Ergebnisse prognostiziert. Im Gegensatz dazu drohte mehreren, zum Teil an den aktuellen Regierungen beteiligten Parteien der Mandatsverlust durch das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde, sodass diese potenziell nicht mehr in den Landtagen vertreten sind. Durch den veränderten Parteienwettbewerb und die zahlreichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse (etwa der CDU mit der AfD sowie der Linken) zeichnete sich vor allem in Thüringen bereits im Vorfeld eine komplizierte Regierungsbildung ab. Schließlich werden die Landtagswahlen im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 auch als wichtiges politisches Stimmungsbild verstanden.

Das Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Universität Jena führte im Kontext der Landtagswahlen 2024 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg gemeinsam mit ForscherInnen der Universität Trier eine Befragung vor und nach den Landtagswahlen durch. Zum ersten Befragungszeitpunkt vor den Landtagswahlen im August 2024 wurden insgesamt 1.850 Personen vom Marktforschungsinstitut Infas-Quo (<https://infas-quo.de/>) erhoben, die sich mit einem Anteil von jeweils ca. einem Drittel auf die drei Bundesländer verteilen. Die vorliegende Stichprobe ist nicht bevölkerungsrepräsentativ, wurde jedoch in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildungshintergrund und politischer Haltung (Sonntagsfrage) heterogen gesampelt. In der Stichprobe zeigt sich ein Überhang weiblicher (54,8 %) gegenüber männlichen Personen (45,2 %) und jüngerer gegenüber älteren Personen. Das Durchschnittsalter der Gesamtstichprobe beträgt 44,9 Jahre ($SD = 17,1$, Range von 18 bis 75 Jahre). Weitere Details zur Stichprobenzusammensetzung sind in Abbildung 1 illustriert.

Zur Studie

Online-Befragung des KomRex und der Universität Trier adressiert Wahlabsichten und politische Einstellungen

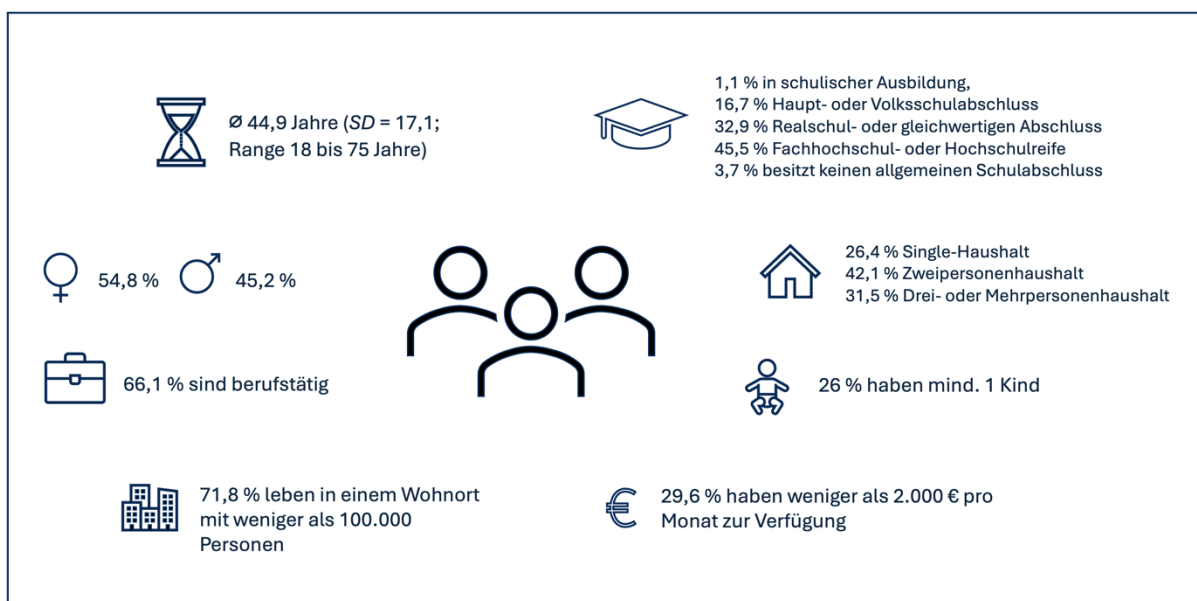


Abbildung 1. Darstellung der Stichprobenmerkmale

Wähler- wanderung

AfD gewinnt von CDU und FDP, BSW von der Linken, SPD und CDU

Die StudienteilnehmerInnen wurden unter anderem zu ihrem vergangenen Wahlverhalten bei Bundestagswahl 2021 und Europawahl 2024 sowie zu ihrem geplanten Stimmverhalten bei den Landtagswahlen 2024 befragt. Mit Blick auf Wählerwanderungen, also die Dynamik des Wahlverhaltens in den vergangenen Jahren, zeigt sich, dass bei der AfD der Zuwachs an WählerInnen bei der Landtagswahl 2024 im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 am stärksten durch CDU- und FDP-WählerInnen zustande kommt. Beim BSW hatte der größte Anteil der WählerInnen bei der Bundestagswahl 2021 die Linke gewählt, gefolgt von SPD und CDU (Abbildung 2). Der Anteil der AfD-WählerInnen, die zum BSW "abgewandert" sind, ist relativ gering. Deutlich weniger Wählerwanderung zeigt sich beim Vergleich der Wahl des Europaparlaments mit der Landtagswahl. Die beiden Wahlen lagen mit einem Abstand von nur drei Monaten zeitlich sehr dicht beieinander. Zugewinne und Verluste fallen hier deutlich weniger ins Gewicht, auch wenn sie ähnlichen Mustern folgen: Die CDU muss Verluste an fast alle anderen Parteien erleben, wobei am ehesten die SPD profitiert. Das BSW scheint seine Wählerschaft etabliert zu haben und erlebt noch leichte Zugewinne von AfD und anderen Parteien, während die AfD leichte Abwanderung an CDU, BSW und andere Parteien hinnehmen muss.

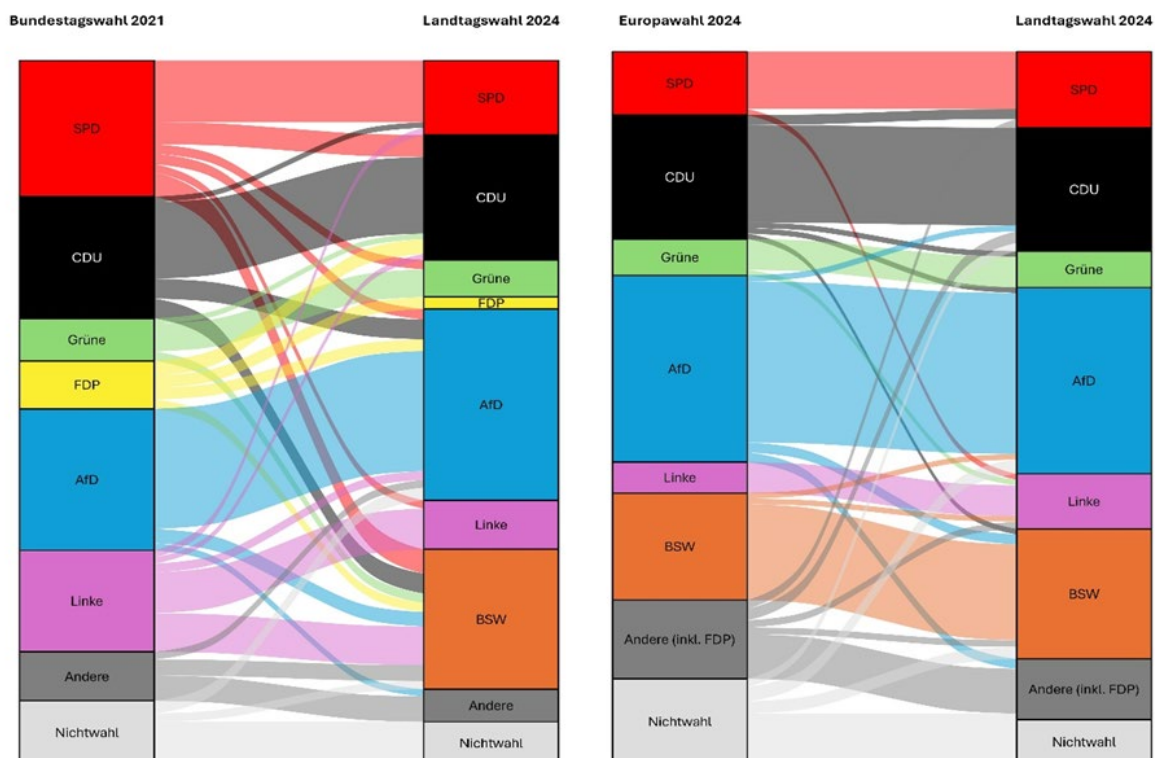


Abbildung 2. Verschiebungen vom selbstberichteten Wahlverhalten bei Bundestagswahl 2021 und Europawahl 2024 hin zum angekündigten Wahlverhalten bei der Landtagswahl 2024

Bei der Betrachtung von Personen, die bei allen drei Wahlen die identische Partei gewählt haben, zeigte sich, dass der Anteil dieser StammwählerInnen mit 34,3 % insgesamt gering ist (Abbildung 3; zum Vergleich siehe Arzheimer, 2006, 2018). Zudem wird deutlich, dass der Anteil der StammwählerInnen bei der AfD am höchsten ist. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der Einschätzung, dass die AfD in Ostdeutschland auf dem Weg zu einer Volkspartei ist (Weisskircher, 2022).

Stammwähler- schaft

**AfD hat die meisten
StammwählerInnen**

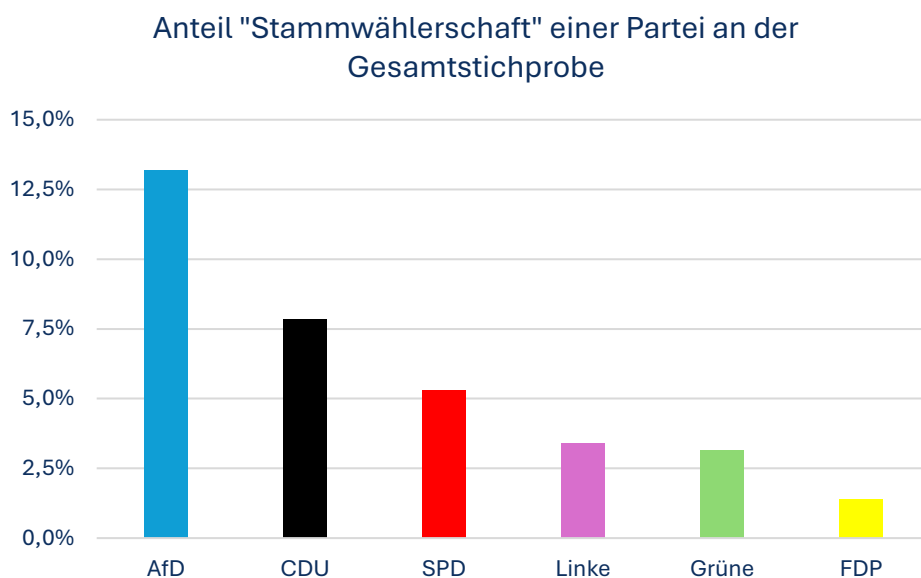


Abbildung 3. Anteil von Personen mit Wahl der identischen Partei bei der Bundestagswahl 2021, sowie der Europa- und Landtagswahl 2024

Zusammenfassend deuten die Analysen auf eine merkliche Verschiebung des Wahlverhaltens zwischen der Bundestagswahl 2021 und der Landtagswahl 2024 hin zu den ideologischen Rändern des Parteienspektrums. Dies drückt sich einerseits in einer deutlichen Wählerbewegung von den etablierten Parteien hin zu AfD und BSW aus. Andererseits kann die AfD auf einen höheren Stammwähleranteil im Vergleich zu den anderen Parteien zurückgreifen

Koalitions- wunsch

**CDU mit größter
Offenheit für
Koalitionsoptionen.
Klare Ablehnung der
AfD als Regierungs-
partei durch SPD,
Linke und Grüne**

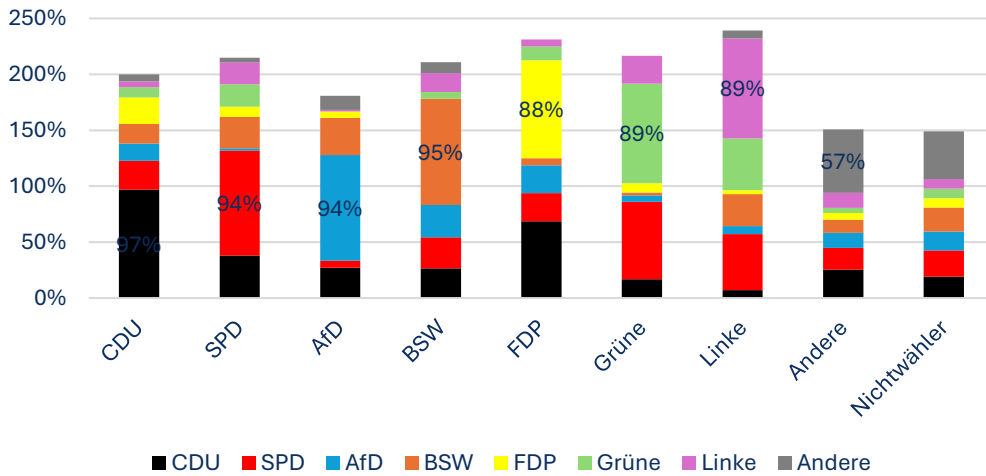
Regierungs- beteiligung

**CDU beliebteste
Koalitionspartei, aber
auch SPD und BSW
gefragt, AfD weniger
gewünscht**

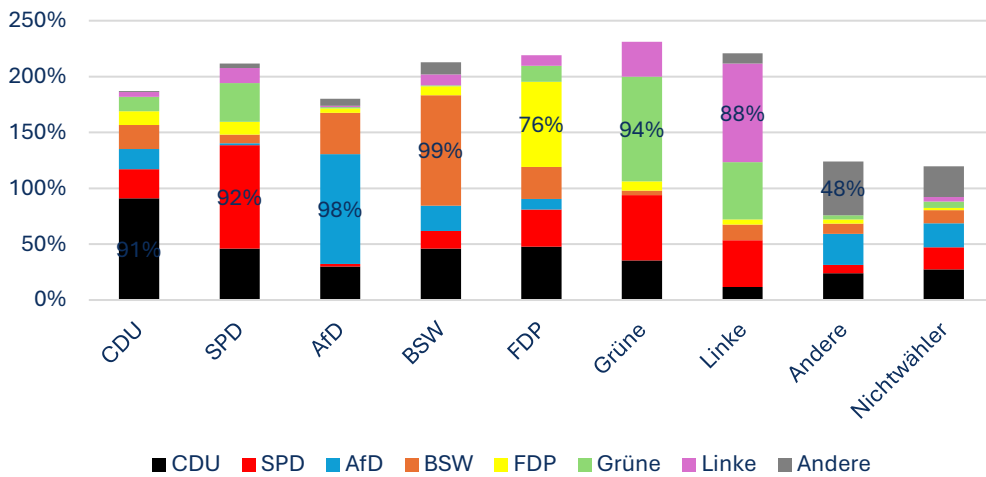
In Erwartung einer komplizierten Regierungsbildung in allen drei Bundesländern betrachten wir im Folgenden mögliche Koalitionswünsche der Befragten. Abbildung 5 zeigt getrennt nach Bundesländern und Wahlpräferenz, welche Parteien sich die Befragten in der jeweiligen Landesregierung wünschen. Dabei zeigt sich zunächst erwartungskonform, dass sich Personen insbesondere für diejenige Partei aussprechen, die sie zu wählen beabsichtigen. Interessanter ist, welche KoalitionspartnerInnen sich die Befragten in der Regierung wünschen. Dabei zeigt sich bei CDU-WählerInnen eine grundsätzliche Offenheit gegenüber allen Parteien, wobei die Linke am wenigsten präferiert wird. SPD-WählerInnen zeigen besonders wenig Interesse an einer Regierungsbeteiligung der AfD. AfD-WählerInnen können sich fast ausschließlich CDU oder BSW als Koalitionspartner vorstellen. Beim BSW ist das Interesse an einer Regierungsbeteiligung von B90/Die Grünen am geringsten. WählerInnen der Linken und der Grünen haben in erster Linie einen wechselseitigen Koalitionswunsch und präferieren außerdem eine Regierungsbeteiligung der SPD.

Welche Parteien wünschen sich aber insgesamt die meisten Befragten in der jeweiligen Landesregierung? Für die Beantwortung dieser Frage zeigt Abbildung 6 in allen drei Bundesländern ein ähnliches Bild. Die Abbildung gibt an, wie sehr die Regierungsbeteiligung einer Partei von der Anhängerschaft aller anderen Parteien gewünscht wird. Aus diesen Analysen geht die CDU als beliebteste Koalitionspartei hervor. In Brandenburg erzielen SPD und BSW ähnliche Werte wie die CDU, während sie in Sachsen und Thüringen mit größerem Abstand auf Platz zwei und drei kommen. Die AfD landet in Brandenburg und Sachsen auf Platz vier, in Thüringen noch hinter der Linken auf Platz fünf. Diese Analyse zeigt somit an, dass eine Regierungsbeteiligung der AfD von WählerInnen anderer Parteien eher unerwünscht ist. Die Beliebtheit der Linken, Grünen und FDP als Koalitionsparteien variiert insgesamt stärker zwischen den Bundesländern.

Befürwortung der Regierungsbeteiligung einzelner Parteien
getrennt nach Parteipräferenz
- Brandenburg -



- Sachsen -



- Thüringen -

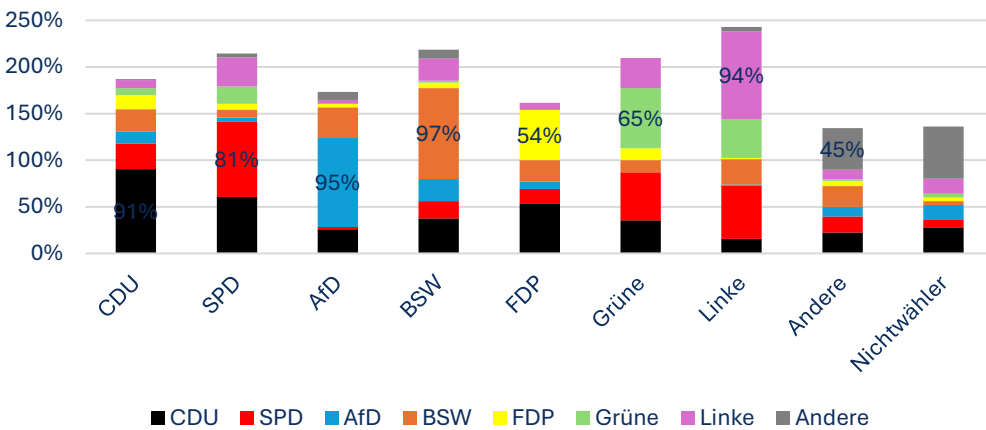
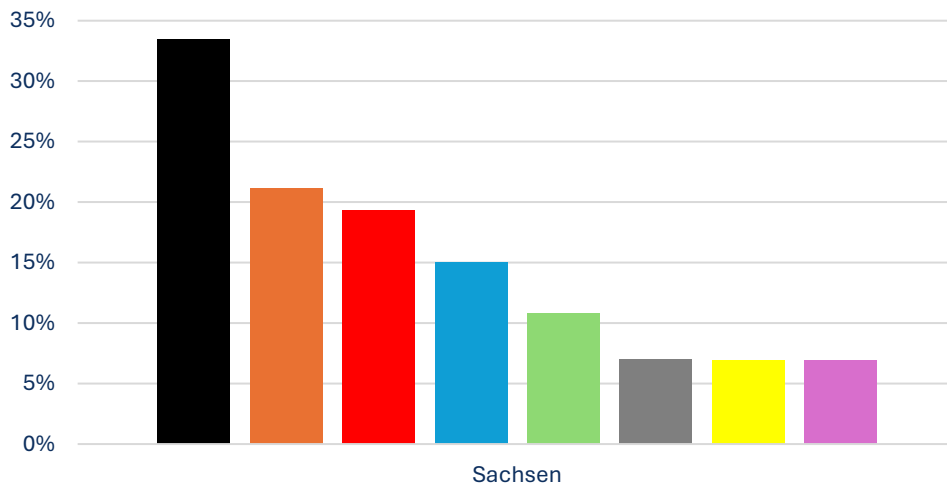
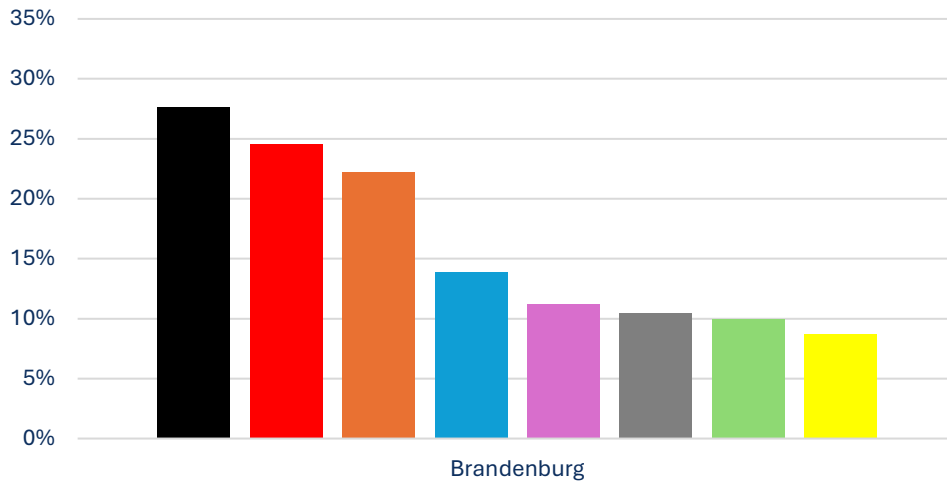
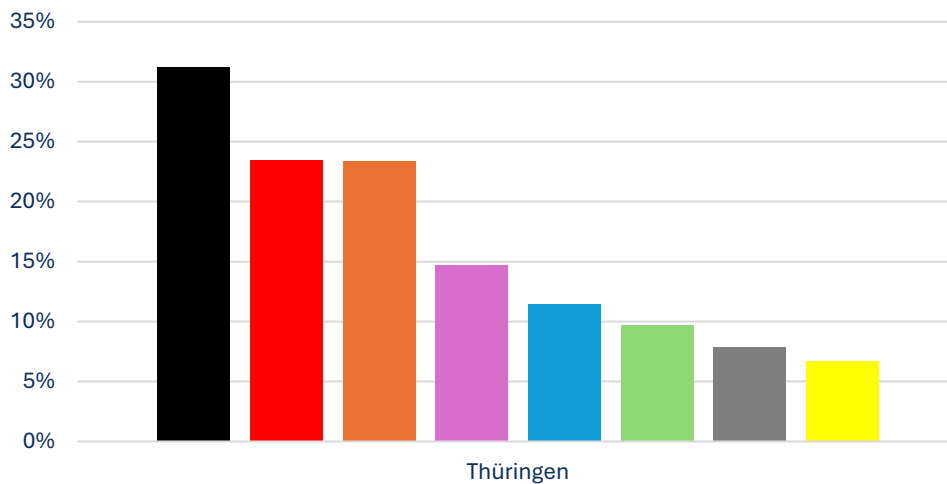


Abbildung 5. Die Balken zeigen an, zu welchem Anteil Parteien als gewünschte Koalitionsparteien von der Wählerschaft der unter dem Balken stehenden Partei genannt wurden. Aufgrund der Möglichkeit, mehrere Parteien beim Koalitionswunsch auszuwählen, addieren sich die Anteile auf mehr als 100%

Befürwortung der Regierungsbeteiligung einzelner Parteien durch die Wählerschaft der anderen Parteien



■ CDU ■ BSW ■ SPD ■ AfD ■ Grüne ■ Andere ■ FDP ■ Linke



■ CDU ■ SPD ■ BSW ■ Linke ■ AfD ■ Grüne ■ Andere ■ FDP

Abbildung 6. Anteil der Wählerschaft aller anderen Parteien, die sich eine Koalition mit der unter dem Balken stehenden Partei wünschen. In dieser Darstellung ist die Präferenz der Regierungsbeteiligung der eigenen Partei herausgerechnet

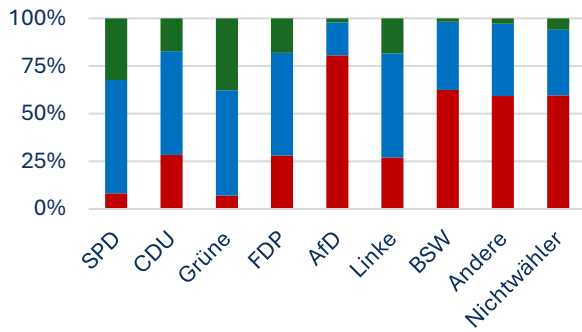
Politisches Vertrauen spielt in Demokratien eine wichtige Rolle. Als Indikator für die Zufriedenheit mit politischen Institutionen und Prozessen kann es im Sinne eines Stimmungsbarometers gelesen werden. Gleichzeitig ist es für das Funktionieren von repräsentativen Demokratien in zweierlei Weise bedeutsam. Zum einen setzt die Übergabe von Gestaltungs- und Entscheidungsmacht an PolitikerInnen und politische Institutionen ein Mindestmaß an Vertrauen in deren Handeln voraus. Insofern ist politisches Vertrauen eine Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie. Zum anderen kann ein gewisses Maß an Misstrauen in PolitikerInnen und Institutionen sinnvoll sein, wenn das Handeln dieser Akteure dadurch kritisch beleuchtet und hinterfragt wird.

Im Vorfeld der Landtagswahlen haben wir das Vertrauen in Staat und Politik erfasst und getrennt nach Wahlpräferenz analysiert. Dabei zeigen sich systematische Unterschiede im Vertrauen gegenüber staatlichen Akteuren bzw. Institutionen (Abbildung 7). Während Justiz und Polizei insgesamt am meisten vertraut wird, ist das Vertrauen in die aktuelle Bundesregierung am geringsten ausgeprägt. Gleichzeitig zeigen sich aber auch systematische Unterschiede zwischen den WählerInnen der verschiedenen Parteien. Die WählerInnen von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linken berichten insgesamt gegenüber allen Institutionen (außer der Bundesregierung) mehr Vertrauen als Misstrauen. Das Gegenteil ist für AfD- und NichtwählerInnen der Fall. Zwei Drittel der Personen, die AfD wählen wollen, haben kein oder wenig Vertrauen in die Bundesregierung, die Landesregierung und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Selbst gegenüber Justiz und Polizei berichten mehr AfD-WählerInnen Misstrauen als Vertrauen. Bei BSW-WählerInnen ist das Bild gemäßiger. Sie zeigen insbesondere gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein erhöhtes Misstrauen.

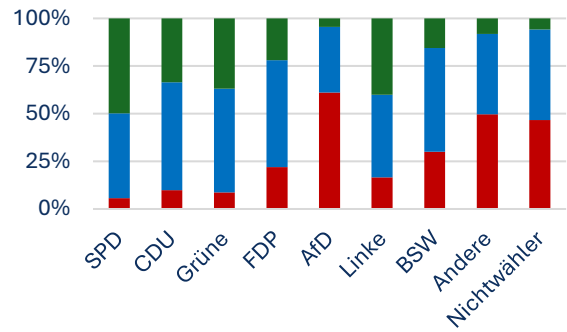
Vertrauen in Staat und Politik

Massives Misstrauen bei AfD- und NichtwählerInnen gegenüber Staat und Politik

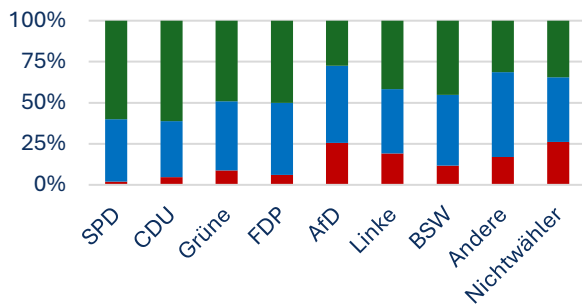
Vertrauen in die Bundesregierung



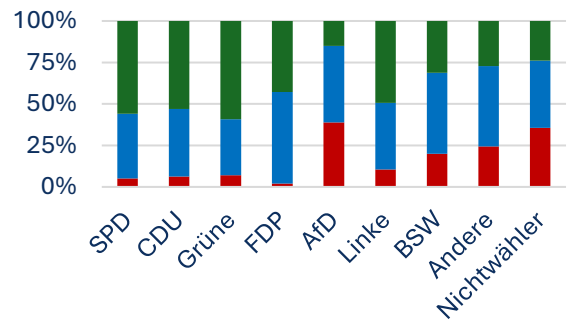
Vertrauen in die Landesregierung



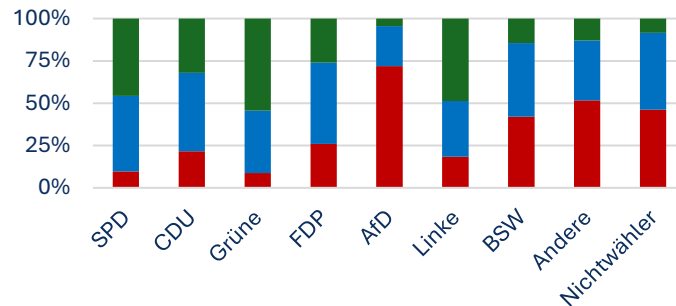
Vertrauen in die Polizei



Vertrauen in die Justiz



Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk



■ kein/wenig Vertrauen ■ teils/teils ■ eher/starkes Vertrauen

Abbildung 7. Vertrauen in unterschiedliche politische Institutionen getrennt nach Parteipräferenz

Haltung zur Demokratie

Um die Bedeutung des starken politischen Misstrauens unter AfD-WählerInnen besser einordnen zu können, analysieren wir im Folgenden die generelle Haltung zur Demokratie als Staatsform und die Zufriedenheit mit ihrer aktuellen Umsetzung in Deutschland getrennt nach Wahlpräferenzen. Abbildung 8 zeigt, dass mehr als 90 % der Wählerschaft von CDU, SPD, Grünen, FDP und die Linke die Demokratie als beste Staatsform ansehen. Während dieser Wert bei den WählerInnen des BSW noch knapp über 80 % liegt, erfährt die Demokratie als Staatsform bei AfD-AnhängerInnen und NichtwählerInnen deutlich weniger Unterstützung. Über 25 % der AfD-WählerInnen lehnen die Aussage *“Demokratie ist die beste aller Staatsformen”* überwiegend oder völlig ab. Weniger als 25 % stimmen dieser Aussage voll und ganz zu.

Noch deutlicher zeigt sich dieses Muster bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der aktuellen Umsetzung der Demokratie in Deutschland (Abbildung 9). Bei AnhängerInnen der CDU, SPD, Grünen, FDP und Linke liegt der Anteil an Personen, die unzufrieden mit dem Zustand der Demokratie sind, zum Teil deutlich unter 20 %. Bei BSW- und NichtwählerInnen ist dieser Anteil größer als 40 %, bei AfD-WählerInnen sogar größer als 60 %.

Mehrheit unterstützt Demokratie. Deutliche Ablehnung bei AfD- und NichtwählerInnen sowie teilweise beim BSW

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die WählerInnen der meisten Parteien zwar nicht gänzlich zufrieden mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland sind, die Demokratie als beste Staatsform aber nicht in Frage stellen. Deutlich mehr AfD- und NichtwählerInnen sowie, in abgeschwächter Form auch BSW-WählerInnen berichten von einer stärkeren Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland. Zudem zeigen sie eine geringere Unterstützung für die Demokratie als beste Staatsform.

"Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen"

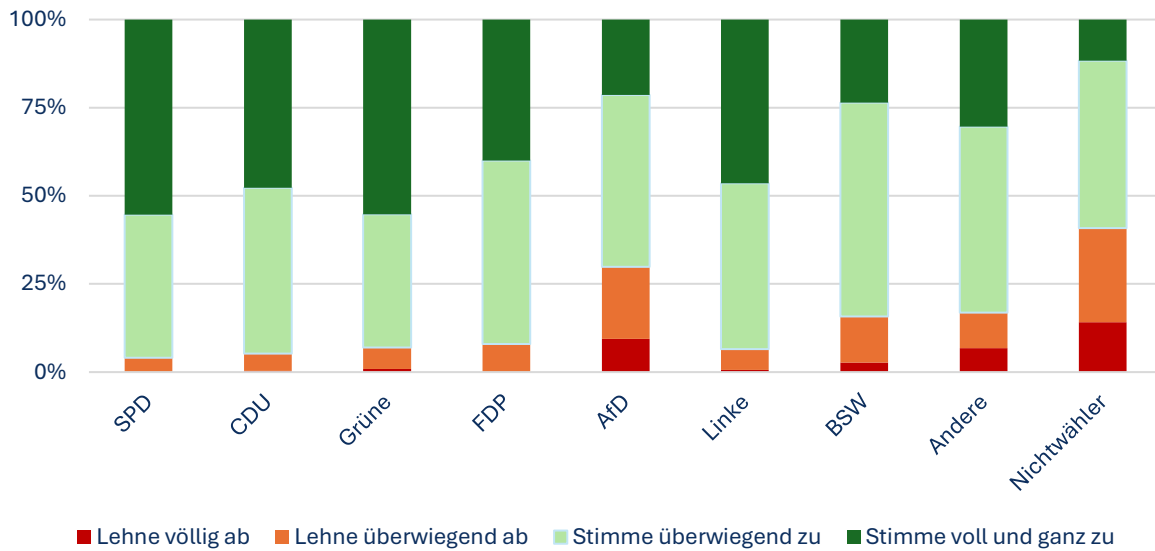


Abbildung 8. Einstellung gegenüber der Demokratie getrennt nach Parteipräferenz

"Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie in Deutschland?"

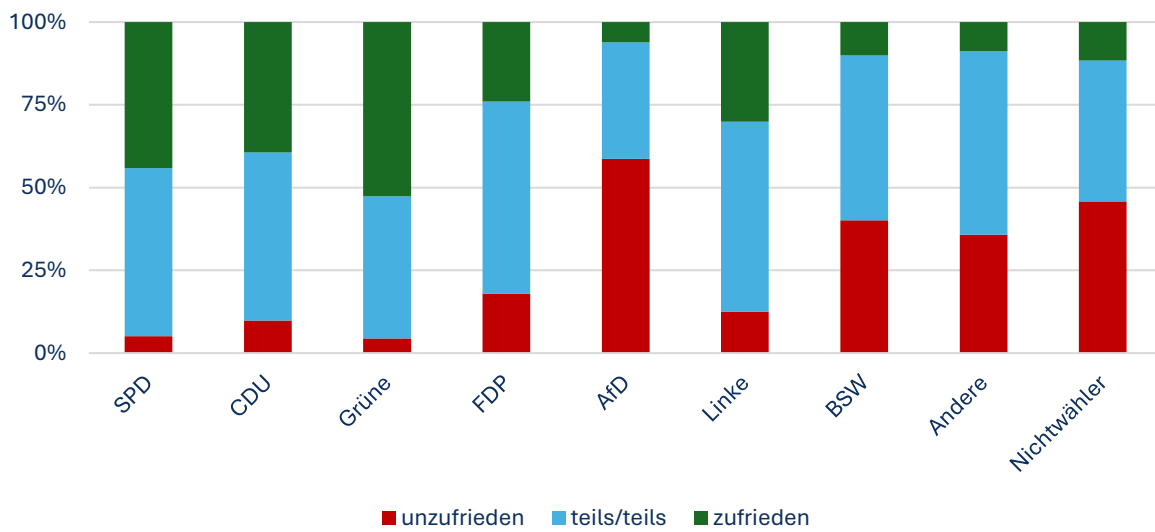


Abbildung 9. Zufriedenheit mit der Demokratie getrennt nach Parteipräferenz

Zusammenfassung

Die Auswertung der Befragungsdaten deutet auf eine Stärkung der politischen Ränder und demokratiekritischer Kräfte in den drei Bundesländern von der Bundestagswahl 2021 bis zu den Landtagswahlen 2024. Diese Interpretation begründet sich durch einen hohen Stammwähleranteil für die AfD und eine signifikante Wählerbewegung von den etablierten Parteien hin zu AfD und BSW. Neben diesem Trend lässt sich auch beim Blick auf präferierte Regierungskoalitionen eine Aufspaltung der Wählergunst feststellen. Während CDU, BSW und SPD in allen drei Bundesländern als bevorzugte Koalitionspartner gelten, stößt eine Regierungsbeteiligung der AfD außerhalb der AfD-Wählerschaft auf wenig Zustimmung.

AfD-WählerInnen berichten ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber dem Staat und politischen Institutionen. Dieses Misstrauen ist teilweise sogar stärker als bei NichtwählerInnen, die sich möglicherweise aus einer ablehnenden Haltung gegenüber der Demokratie für den Weg der Nichtwahl entscheiden. Im Gegensatz dazu nutzen AfD-WählerInnen die Wahlen aktiv, um Einfluss zu nehmen, obwohl ein substanzieller Anteil von ihnen eben diese demokratischen Strukturen nicht unterstützt. Die AfD-Wählerschaft ist dabei nicht nur kritisch gegenüber demokratischen Institutionen oder der aktuellen Ausgestaltung von Demokratie in Deutschland eingestellt. Sie lehnt zu einem bedeutsamen Anteil die Demokratie als Staatsform ab. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit früheren Befragungen und kann als Replikation eines zeitlich robusten Befundmusters verstanden werden (siehe bspw. ARD-Deutschlandtrend, 2023; Zick, Küpper & Mokros, 2023). Auch die WählerInnen des BSW stellen die Demokratie als Staatsform häufiger infrage als WählerInnen anderer Parteien und sehen deren aktuelle Umsetzung kritisch. WählerInnen der übrigen Parteien befürworten überwiegend die Demokratie als Staatsform, auch wenn sie mit der aktuellen politischen Umsetzung nicht gänzlich zufrieden sind.

Fazit

Die Ergebnisse verdeutlichen die Herausforderung für Politik und Gesellschaft im Umgang mit dem Erstarken demokratiekritischer politischer Kräfte in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Dies bezieht sich nicht nur auf die Bildung stabiler demokratischer Landesregierungen, sondern auch auf den Umgang mit gesellschaftlichen Gruppen, die einerseits demokratische Teilhabe einfordern und andererseits demokratischen Prozessen und Institutionen weder vertrauen noch Legitimation zuschreiben. In diesem Konflikt besteht eine zentrale Herausforderung für politische Kräfte darin, Demokratie zu verteidigen und gleichzeitig den gesellschaftlichen Frieden zu wahren.

Referenzen

ARD-DeutschlandTREND. (2023, Oktober). *Eine repräsentative Studie im Auftrag der Tagesthemmen*. Abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-pdf-126.pdf&ved=2ahUKEwj35qLMj-OIAxWR-QIHHemm-KqwQFnoECBQQAQ&usg=AOvVaw2T21TOTmgZQCaLiCfdjne3>

Arzheimer, K. (2006). 'Dead men walking?' Party identification in Germany, 1977–2002. *Electoral Studies*, 25(4), 791-807. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2005.07.009>

Arzheimer, K. (2018). Another dog that didn't bark? Less dealignment and more partisanship in the 2013 Bundestag Election. In R. C. M. Seyd & A. W. T. Heath (Eds.), *Parties and Voters at the 2013 German Federal Election* (pp. 49-64). Routledge.

Heinze, A. (2023). Die AfD im Wahljahr 2021: Etablierung trotz Radikalisierung? In Uwe Jun & O. Niedermayer (Eds.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021. Neueste Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland* (pp. 181-200). Springer VS.

Weisskircher, M. (2022). Die AfD als neue Volkspartei des Ostens. In M. Schröder & J. Behrens (Eds.), *Mehr Fortschritt wagen* (pp. 317-334).

Zick, A., Küpper, B., & Mokros, N. (2023). Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter. Bonn: JHW Dietz Nachf.